

Annoucen-
Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Expedition
bei Krupski (C. H. Mrici & Co.)
Breitenstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedrichstr.-Ecke 4;
in Grätz bei Herrn F. Streifand;
in Frankfurt a. M.:
G. F. Dautz & Co.

Nachmittags-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 358.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-
jährlich für die Stadt Posen 1½ Zhlr., für ganz
Preußen 1 Zhlr. 24 Sgr. — Bestellungen ge-
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Donnerstag, 3. August

Inserate 14 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder
deren Raum, Kellamen verhältnismäßig höher,
find an die Expedition zu richten und werden für
die an demselben Tage erscheinende Nummer nur
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoucen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kudolph Hoffe;
in Berlin, Breslau,
Frankfurt a. M., Leipzig, Gamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler;
in Berlin:
J. Kelmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Khabath.

1871.

Zur katholischen Frage

bringt die „Prov.-Korr.“ folgenden bemerkenswerten Artikel: „Bei der Erörterung der neuesten Schritte unserer Regierung in Bezug auf die katholische Kirche ist daran erinnert worden, daß von Seiten der preussischen Regierung schon während des letzten Konzils geltend gemacht worden sei, wie nicht bloß durch die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes, sondern auch durch die endgültige Feststellung und Durchführung gewisser in dem sogenannten „Syllabus“ enthaltener Auffassungen und Lehren das Verhältniß zwischen dem weltlichen Staate und der Kirche wesentlich erschüttert werden müsse. — Dem gegenüber ist von katholischer Seite behauptet worden, daß es sich auf dem Konzile von 1869 um den „Syllabus“ gar nicht habe handeln können, da derselbe bereits im Jahre 1864 vom Papste endgültig verkündet worden sei. Obige Annahme verräthe daher eine „bodenlose Unwissenheit in den einfachsten katholischen Dingen.“ — Es ist nun gewiß merkwürdig, daß diese „bodenlose Unwissenheit“ nicht bloß von sämtlichen selbst katholischen Regierungen und sogar von den katholischen Fakultäten getheilt wurde, welche sehr eingehende Gutachten über die vorausgesetzlichen Folgen der endgültigen Feststellung des „Syllabus“ auf dem Konzil abgegeben haben, — sondern daß sogar die von den römischen Jesuiten herausgegebene Zeitschrift, die „Civiltà cattolica“, (welcher Papst Pius IX. in einem eigenen Breve die Bedeutung eines vertraulichen Blattes der römischen Kurie zugesprochen hat), kurz vor dem Konzil es als eine Aufgabe bezeichnet hatte, die Verdammungs-Urtheile des päpstlichen „Syllabus“ von 1864 in bestimmte Beschlüsse oder Konzils-Dekrete zu verwandeln. Aus dieser Ankündigung gerade entnahmen die Regierungen die ernste Pflicht, die päpstliche Regierung im Voraus auf die bedenklichen Folgen derartiger Beschlüsse aufmerksam zu machen. Was sodann über den Verlauf und die Beschlüsse des Konzils bekannt geworden ist, hat jene vorgängige Erwartung und Besorgniß keineswegs beseitigt oder abgeschwächt. Die hauptsächlichsten Lehren zumal, welche im „Syllabus“ in der Form der Verneinung und Verdammung entgegengesetzter Auffassungen enthalten waren, sind in den vom Konzil beschlossenen „Schematen“ und „Kanones“ über die Kirche und den katholischen Glauben in der That, wie es das päpstliche Blatt vorher verkündet hatte, in bestimmter und positiver Fassung festgestellt und verkündet worden. Hierdurch sah sich, wie neulich erwähnt, die französische Regierung veranlaßt, durch ihren Gesandten in Rom dringend zu bitten, daß von dem „Schema über die Kirche“ Alles entfernt werde, was in dem veröffentlichten und nicht abgelehnten Texte die ernstesten Folgen für die geistliche und gesellschaftliche Ordnung in allen Staaten Europas befürchten lasse. Je mehr man die in jenem Schriftstück zusammengestellte Lehre untersuche, um so weniger sei zu verkennen, daß diese Lehre im Grunde der vollständigen Unterwerfung der bürgerlichen Gesellschaft unter die Kirche gleichkomme; denn die für die Kirche in Anspruch genommene Autorität kenne keine andere Grenzen, als die, welche die Kirche selbst ihr anweise und alle Grundsätze der bürgerlichen, politischen, wissenschaftlichen Einrichtungen fallen unmittelbar oder mittelbar unter ihren Einfluß. „Die Kanones“, hieß es weiter, „schreiben der Kirche eine vollständige zugleich gesetzgebende, richterliche und zwingende Gewalt zu, die sich auf Aeußeres, wie Inneres bezieht, — eine Gewalt, deren Ausübung sogar durch materielle Strafen zu sichern der Kirche erlaubt sein soll und welcher die christlichen Fürsten und Regierungen gehalten sein sollen, ihre Mitwirkung zu leisten durch Züchtigung aller derer, welche versuchen sollten, sich ihr zu entziehen.“

Das war die Auffassung einer dem päpstlichen Stuhle unzweifelhaft ergebenden katholischen Regierung in Betreff der auf dem Konzil verhandelten und festgestellten Beschlüsse. Wie sehr aber die Bedenken und Gefahren dieser Beschlüsse durch die gleichzeitige Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit gesteigert werden mußten, das sprach die selbe Depesche in den Worten aus: „Als Vervollständigung dieses Systems soll in denselben Beschluß der persönlichen Unfehlbarkeit des Papstes aufgenommen werden, d. h. nachdem man alle politischen und religiösen Gewalten in den Händen der Kirche vereinigt hat, will man alle Gewalten der Kirche in den Händen ihres Oberhauptes vereinigen.“

Man wird es hiernach erklärlich und vollauf gerechtfertigt finden, daß die Regierungen, nachdem das Konzil alle Mahnungen in Betreff der Folgen seiner Beschlüsse unbeachtet gelassen hat, wenigstens nicht die Hand dazu bieten wollen, den bedenklichen Lehren ihrerseits Eingang und Geltung zu verschaffen. Was die preussische Regierung betrifft, so hat sie, ungeachtet ihrer lebhaften Bedenken gegen die Konzilsbeschlüsse, dennoch im Vertrauen auf den gesunden Sinn unseres Volkes, und auf die festgegründete Kraft unseres Staatswesens die Glaubensfreiheit der Katholiken auch in diesem Punkte nicht beeinträchtigt: sie hat keinem Bischofe, keinem Geistlichen oder Lehrer an ihrem Theile ein Hinderniß bereitet, die Lehren des Konzils zu verkündigen. Nur das hat sie abgelehnt, katholische Lehrer, welche sich in ihrem Gewissen behindert finden, den Beschlüssen des Konzils Geltung zuerkennen, durch Mitwirkung des weltlichen Arms zur Verkündung von Lehren zu nöthigen, durch welche nach der Ueberzeugung der Regierung selbst, nicht bloß eine wesentliche Aenderung des Glaubensstandes, sondern zugleich eine tiefgreifende Veränderung in der Gesamtheit der katholischen Kirche zum Staate eingetreten ist. Es handelt sich für die Regierung nicht um die Anerkennung oder Nicht-Anerkennung eines Glaubenssatzes als solchen — das überläßt sie der Gewissens- und Glaubensfreiheit der einzelnen Katholiken —, sondern darum handelt es sich, ob sie im Bereiche ihrer gesetzlichen Mitwirkung eine Lehre unterstützen soll und darf, welche sie für das Verhältniß zwischen Staat und Kirche verderblich erachtet.“

Deutschland.

Berlin, 2. August.

RC. Bekanntlich haben diejenigen Postbeamten — und ihre Zahl ist nicht klein —, welche während des Krieges bei der Feldpost Verwendung fanden, dem Generalpostdirektor ein Album mit den Photographien der mobilen Beamten überreicht. Auch von anderer Seite sind Herrn. Stephan Beweise des Vertrauens seiner Beamten zu Theil geworden. Derselbe hat sich deshalb zu folgender Kundgebung veranlaßt gesehen:

Dem Unterzeichneten sind während der letzten Zeit aus den Kreisen der Herren Beamten der Reichs-Postverwaltung Adressen, Schreiben u. in solcher Anzahl zugegangen, daß es demselben unter dem Geschäftsantrage, welchen die außergewöhnlichen Verhältnisse herbeigeführt haben, nicht möglich gewesen ist, den Herren Einsendern gegenüber in jedem Falle die Rücksicht der Antwortvertheilung zu erfüllen. Derselbe benützt daher diesen Weg, um den betreffenden Herren seinen Dank zu sagen für die ausgedrückten Gesinnungen, welche ein bereitetes Zeugniß von der Berufsfreudigkeit und dem guten Geiste ablegen, der den großen Beamtenkörper unseres vaterländischen Postinstituts durchweht. Er darf die Ueberzeugung hegen, daß diese Gesinnungen allgemein getheilt werden. Das Gefühl der Diensttreue und Beamten Ehre — das Palladium der Verwaltung in guten und bösen Tagen — wirkt und besteht unabhängig von materiellen Faktoren und persönlichen Verhältnissen, ein wahres sittliches Gut. Ihm vorausweisend ist es zu danken, daß die Anforderungen, welche während der eben vergangenen schweren Zeit an das Personal der Postverwaltung haben gestellt werden müssen, von allen Theilen ehrenvoll erfüllt worden sind. Der Edelgehalt dieser Gesinnungen kann durch keine Gunst oder Ungunst der Lage verändert werden. Wohl aber möge den in hohem Maße angestrengt gewesenen Kräften aus den materiellen Verbesserungen, welche in Folge der von des Fürsten Reichskanzlers Durchsicht genehmigten Organisationen eintreten konnten, eine frische Quelle der Stählung fließen zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben, welche unser nationales Verkehrsinstitut ferner für Kaiser und Reich zu erfüllen haben wird. Berlin, den 31. Juli 1871. Der General-Post-Direktor Stephan.

Als Nachfolger des kommandirenden Generals des 7. Armee-corps Hr. v. Zastrow wird allgemein und mit Bestimmtheit General-Lieutenant v. Blumenthal, bekanntlich Generalstabschef des Kronprinzen im letzten Feldzuge, genannt.

Am 28. Juli vollendete der General der Infanterie v. Bonin, General-Adjutant des Kaisers, Chef des reitenden Feldjäger-Corps und des 5. preussischen Infanterie-Regiments Nr. 41 und Präses der General-Ordens-Kommission, eine 50-jährige Dienstzeit. Se. Majestät beehrte den Jubilar an seinem Ehrentage mit dem Orden des Königs Friedrich Wilhelm III. Der General v. Bonin ist gegenwärtig der einzige noch lebende aktive Offizier, welcher dem verstorbenen Könige und noch als Lieutenant bereits als Flügel-Adjutant nahe gestanden.

Der Kaiser hat vor seiner Abreise von Ems noch verschiedene Auszeichnungen ertheilt. So verlieh er dem Verfasser des Liebes „König Wilhelm sah ganz heiter“, Kreiswundarzt Dr. W. Kreusler zu Sachsenhausen in Waldeck, für die Poesie den Kronenorden 4. Kl. Auch die Verleihungen des Verdienstkreuzes für Frauen und Jungfrauen sind bereits alle vollzogen. Die Namen der decorirten Damen werden demnächst zur Veröffentlichung gelangen.

Nachdem der Massentransport von französischen Kriegsgefangenen seit etwa acht Tagen sein Ende erreicht hat, befinden sich von den Gefangenen nur noch Invalide und Kranke innerhalb der Grenzen des deutschen Reichs. Die Gesamtzahl dieser Kranken umfaßt vor einigen Tagen 4 Offiziere und ungefähr 800 Mann. Zur Verhütung einer kürzeren oder längeren Strafe werden auf mehreren preussischen Festungen und auf einer bairischen Festung noch 10 Offiziere und etwa 70 Mann zurückgehalten.

Bei Gelegenheit der heutigen Feier des Stiftungsfestes der hiesigen militärärztlichen Bildungs-Anstalten ist allen denjenigen Eleven des Friedrich-Wilhelms-Instituts und der Akademie, welche im verfloßenen Kriege zur Wirksamkeit in den Lazarethen des Kriegsschauplatzes kommandirt waren, die Kriegsdienstmedaille für Kombattanten überwiesen worden.

Aus Nancy geht der „Kreuztg.“ folgende amtliche Berichtigung zu: Die von verschiedenen Zeitungen abgedruckte Nachricht, wonach bei dem Armee-Verpflegungs-Konfession hier selbst Unterschlagungen seitens der Vertreter desselben und in Folge dessen Verhaftungen stattgefunden haben, ist Wort für Wort erfunden. Keine derartige Unterschlagung ist zur diesseitigen Kenntniß gekommen; noch weniger hat die Verhaftung irgend eines Konfessionals stattgefunden. Die Redaktionen, welche die betreffende Nachricht gebracht haben, werden es für Pflicht halten, diese Berichtigung in ihre Zeitungen aufzunehmen. Nancy, den 1. August 1871. Königl. Armee-Intendantur der Okkupationsarmee in Frankreich. Engelhard.

Vom Rhein wird in verschiedenen Zeitungen gemeldet: Der Erzbischof von Köln hat eine Anzahl ihm ergebener Geistlichen und Laien darüber gehört, ob es rathsam wäre, vor dem Feind der „A. Ztg.“ oberhirtlich zu warnen. Zwei Stimmen sprachen sich für die Opportunität der Maßregel aus, die Mehrzahl war dagegen. In Folge davon ist die Maßregel aufgeschoben worden.

In welchem Maße einzelne Zivilverwaltungen für die Zwecke des Krieges mit Frankreich in Anspruch genommen worden sind, geht daraus hervor, daß u. A. aus dem Bereiche der Postverwaltung im Feldzuge 1870/71 gestellt worden sind: 1) zum aktiven Dienst unter den Fahnen: 892 Beamte, 2079 Unterbeamte, 27 Posthalter, 763 Postillone; 2) zur Feldpost: 587 Beamte, 502 Unterbeamte, 737 Postillone; 3) zur Administration des Postwesens im Elsaß, Lothringen und den okkupirten Departements: 265 Beamte, 47 Unterbeamte, 2 Postillone. Insgesamt 5901 Köpfe. Davon sind: gefallen, bezw. im Felde verstorben: 125, verwundet: 187, in Gefangenschaft gerathen: 12, decorirt 167.

An der höchsten militärischen Stelle des deutschen Reichs ist, wie berichtet wird, die Abtheilung vorhanden, daß eine Rang- und Quartier-Liste für das Heer des deutschen Reichs erscheinen soll, welche in einem Bande das Verzeichniß sämtlicher Offiziere und im Offiziers-Rang stehenden Beamten des Heeres und der Marine enthalten wird. Den einzelnen Staaten bleibt es überlassen, daneben derartige Listen für ihren engeren Verband herauszugeben.

Nachdem nunmehr die 1. Division aus Frankreich zurückgeführt ist, befinden sich noch folgende preussische Infanterie-Regimenter bei der Okkupations-Armee: Die Infanterie-Regimenter Nr. 4, 9, 10, 11, 18, 20, 21, 24, 32, 33, 35, 38, 44, 49, 51, 61, 64, 73, 74, 78, 83, 91, 94 und 95; die Dragoner-Regimenter Nr. 8, 9, 10, 11 und 13; die Husaren-Regimenter Nr. 3, 5 und 14; die Ulanen-Regimenter Nr. 6, 11 und 14 und das Kürassier-Regiment Nr. 6.

Der Vorsitzende des Strike-Komitees der hiesigen Maurer, Maurergehelfen Lange, ist gestern auf Befehl der Staatsanwaltschaft in seiner Wohnung festgenommen und in die Stadtvoigtlei als Untersuchungsgefangener eingeliefert worden. Gleichzeitig hat eine Beschlagnahme seiner Papiere stattgefunden. Die „N. A. Z.“ bemerkt hierzu: „Auch bei dieser Maßregel hat die Staatsbehörde, nach dem von vornherein adoptirten Grundsatze verfahren, den Strike selbst, als in den Gesetzen gestattet, frei gewähren zu lassen, zugleich aber jedem Exzeß, möge er gegen die Meister oder gegen die fortarbeitenden Gesellen gerichtet sein, mit fester Hand entgegenzutreten. Dem Lange hat, wie uns berichtet wird, in öffentlicher Versammlung aufgedrungen, den nicht-strikenden Gesellen ihr Handwerkzeug auf den Bauplätzen zu stellen, um sie so zur Niederlage der Arbeit zu zwingen, und die Staatsanwaltschaft erblickt in diesem cynischen Antrag den Thatbestand des im § 111 des deutschen Strafgesetzbuches mit Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre bedrohten Vergehens.“ Und nun sieht das offizielle Organ Gespenster, wenn es fortfährt: „Daß dergleichen Anträge aber nicht etwa nur als Ausgebirten eines überreizten Gehirns zu betrachten sind, lehrt die Geschichte der Trades Unions in England; auch dort begann man mit dem Stehlen des Arbeitszeuges und ging allmählich, wo dies nichts half, zur Brandstiftung und selbst zum Morde über.“

Ueber die Gemeindevahlen im Departement des Niederrhein meldet die „Straßburger Z.“:

„In den Landgemeinden des Niederrheins hat man sich, bis auf wenige Ausnahmen, lebhaft an den Wahlen beteiligt und ein befriedigendes Ergebnis erreicht. In Straßburg haben 12 Kandidaten beim ersten Wahlgange die gesetzlich erforderliche Stimmenzahl erhalten, nämlich mindestens ein Viertel der eingeschriebenen Wählerzahl. Diese Kandidaten sind solche, welche auf den beiden hauptsächlich in Betracht kommenden Listen (der liberalen und clerikalen) zugleich figuriren, nämlich die Herren Hörter 7129 Stimmen, Meyer 7101, Barth 7058, Grouvel 7051, Clog 6988, Sud 6941, Desrais 6909, Schweighäuser 6833, Hueber 6823, Schneider 6686, Petiti 6641. Ferner erhielten die Herren Womy 3969 Stimmen, Klein 3957, Börsch 3881, Schüßgen 3842, Eissen 3834, Hatt 3814, Bergmann 3778, Kable 3769 u. s. w. Die Betheiligung war im Ganzen eine bedeutende, da man nicht außer Acht lassen darf, daß von den 18,090 im vorigen Jahre eingeschriebenen Wählern 5000 als Soldaten und Beamte jetzt abwesend sind.“

Nach einer Straßburger Korrespondenz des „Schwäb. Merkur“ wurde die eine der beiden Kandidatenlisten von der ultramontanen Partei erst im letzten Augenblicke ausgegeben, die andere vom republikanisch-liberalen Komite empfohlen. Zur Orientirung über die Gewählten mögen folgende von diesem Korrespondenten gemachte Mittheilungen dienen:

Herr Klein, der jetzige provisorische Maire, befindet sich nur auf einer Pflie, der liberalen. Diese Zurücksetzung verdiente er wahrlich nicht; er hat sich der besten Unparteilichkeit beflissen und sein Ehrenamt mit Hintanziehung persönlicher Interessen (er ist Pharmazeut) treu versehen. Der ehemalige Maire Theodor Human figurirt auf beiden Listen; aber ein versteckter Angriff des Präsidenten des republikanischen Wahlkomites versetzt ihm einen gefährlichen Stieb, indem er ihn in einem Wahlzirkular ziemlich deutlich anlagte, als habe er auf beiden Seiten Wasser getragen. Herr Charles Börsch, der auf dem zuerst erschienenen Programm des „Kuriere“ ausgemerzt war, steht jetzt auf dem ultramontanen Zettel.

Im Oberelsaß ist es, wie bereits vorausgesagt wurde, in mehreren größeren Städten nicht zu günstigen Wahlen gekommen; die Agitation der „Elsässischen Liga“ für Wahlenthaltung hat hier ihre Wirkung nicht verfehlt. In Mülhausen wurden von 10,000 eingeschriebenen Wählern nur 725 Stimmen abgegeben; ebenso wurde in Thann und Altkirch kein Ergebnis erreicht. Ueber die Wahlen in Lothringen und den angrenzenden Bezirken des Niederrhein wird der „Nat. Ztg.“ gemeldet:

In dem verhassten Lothringen war die Betheiligung ziemlich stark und es wurde dort an manchen Orten unter Benützung noch vorhandener Stimmzettel, vom August 1870, auf denen einige Veränderungen getroffen wurden, gewählt. Im Elsaß stimmte in den gemischten Gemeinden, soweit sich die Sache bis jetzt übersehen läßt, nicht ganz die Hälfte der Wähler; die früheren Maires mit ihrem Generalstabe, den Feldbüchern u. s. w. stimmten mit unsern entschiedenen Feinden, den Ultramontanen, in dem Glauben, die Macht, die sie haben oder sich nehmen, auch ferner behaupten zu können. Fiasco, wie anfangs zu befürchten, haben wir mit diesen Wahlen nicht gemacht. Das Resultat wäre aber ein anderes gewesen, die Wahlen wären der Anfangspunkt zur Bildung einer deutschen Partei geworden, wenn man noch etwas gewartet, die Maires vorher ihres Amtes entsetzt hätte. Es zeigt sich, daß die Zahl derjenigen, welche die neuen Verhältnisse bereitwillig aufnehmen würden, größer ist, als sich vermuthen ließ, und daß nichts nöthig ist, um diese Partei auch als solche hervortreten zu lassen, als die Entfernung der Maires. Es ist kein großes Wagniß, diese Gattung von Feinden unschädlich zu machen, im Gegentheil, dieser Schritt würde im Allgemeinen große Befriedigung hervorrufen.

Ich schreibe hieran noch eine Betrachtung. Die Kreisdirectoren, selbst wenn Kreise von 5000 Seelen gebildet würden, so daß zwei immer einen Wahlkreis bildeten, vermögen nicht mit allen Maires zu korrespondiren. Wären sie aber auch im Stande, diese Arbeit zu bewältigen, so vermöchten die Maires nicht diesen Dienst zu verrichten, so wie es verlangt wird. Es fehlt das Wissen und zum Theil auch die Ehrlichkeit. Die Fälle, daß Verstärkungsprotokolle von den Maires und ihren Schreibern gefälscht worden, sind gewiß nicht vereinzelte. Auf Leute ferner, um noch einen andern Fall anzuführen, die uns sicher zu geben, den einen Sohn in Frankreich studiren lassen, während sie für den andern eine Quelle bei uns suchen, ist kein Verlaß. All dem ist abgeholfen, wenn deutsche Kreissekretäre etwa unter dem Titel Amtleute in die Kantone geschickt werden. Den Kreisdirectoren ist alsdann die Arbeit vereinfacht, die Berichte sind zuverlässiger, der Inspektionszug kürzer und, indem alsdann die Kantonspolizei-Kommissare unter den Amtleuten stehen und die Ortsvorsteher in den Dörfern ebenfalls ihre Anweisungen von demselben erhalten, wäre Alles an seinem Plage. Wenn die neue Verwaltung Ruhe im Lande schaffen will, darf sie die deutsche nicht durch die französische Partei beherrschen lassen, auch nicht umgekehrt, sondern sie mache sich zum Herrn aller Parteien, indem sie deutsche Amtleute über die Gemeinden festsetzt. Noch eins. Wenn das Elsaß noch so deutsch geblieben ist, wie es ist, so haben wir das der protestantischen Geistlichkeit zu verdanken. Das vergesse man niemals.

Braunsberg, 1. August. Die Altkatholiken haben Bundesgenossen von unerwarteter Seite erhalten. Im 17. Jahrhundert trat der Bischof Janenius von Ptern den Jesuiten, ihrer Kluft, lazen Moral und auch schon der Unfehlbarkeitstheorie in seinem Buche „Augustinus“ entgegen und erwarb sich zahlreiche Anhänger in den

Niederlande und in Frankreich. Die Jesuiten mußten es zu bewirken, daß diese sogenannten Janenisten aus der katholischen Kirche ausgestoßen wurden und sie führen nun, besonders in Utrecht, Haarlem und an anderen Orten der Niederlande verbreitet, ein gesondertes kirchliches Leben unter einem Erzbischof und mehreren Bischöfen. Sie haben sich nun an hervorragende Altkatholiken am hiesigen Orte und auch wohl an anderen Orten in einer in französischer Sprache geschriebenen Zuspätschrift gewandt. Sie führen darin aus, daß sie nicht Janenisten, sondern Katholiken sind, daß sie einst, wie jetzt die Altkatholiken, von den Jesuiten aus der katholischen Kirche ausgestoßen wurden, und drücken den Wunsch aus, mit den Altkatholiken in Verbindung zu treten.

Stuttgart, 1. August. Der Sozialdemokrat Heinrich Scheu, der sich seit einigen Monaten in Stuttgart befindet, wurde am 28. Juli vor die Stadtdirektion geladen, wo ihm nach einer mehrstündigen Vernehmung seine Ausweisung aus dem Königreich Württemberg verweigert wurde. Es wurden ihm 2 Wochen zur Abwidlung seiner Geschäfte zugestanden. Staatsgefährliche, hochverräterische Reden Scheu's, insbesondere die Tags vorher in einer stuttgarter Volksversammlung dargelegte Entwicklung des sozialdemokratischen Programms, sowie die Anerkennung der Thaten der pariser Kommune wurden als Grund der Ausweisung angegeben.

München, 29. Juli. Die Wahl Döllinger's zum Rektor der hiesigen Universität für das nächste Jahr muß ein wahres Ereignis genannt werden. Die Münchener Hochschule nimmt eine Stellung ein, wie sie selbst Berlin für den jetzt schwebenden geistigen Streit in Deutschland nicht beanspruchen kann. Es ist unmöglich, nach der Zeit und Art ihrer Entstehung und den konfessionellen Verhältnissen der Länder, denen sie angehören, die norddeutschen Universitäten anders denn als Träger des Protestantismus in seiner historischen Bedeutung zu betrachten. München ist dagegen die erste deutsche Universität, welche einen allgemein wissenschaftlichen Charakter trägt, und bis in die neueste Zeit hat sie ja sogar als eine besondere Herberge spezifisch katholischer Richtung gegolten. Hier ist von 54 unter 63 wahlberechtigten Professoren der Hochschule der erkommene Stillschritt v. Döllinger, das Haupt der Altkatholiken zum Rektor für das nächste Jahr gewählt worden. Die deutsche Hochschule München hat dadurch in glänzender Weise den Protest bestätigt, welchen schon vor einem Jahre 44 Professoren und Dozenten desselben Lehrkörpers gegen die Gültigkeit des sogenannten ökonomischen Konzils und seines Unfehlbarkeits-Dogmas ausgesprochen haben. Die Lüge, welche im ultramontanen Lager gebraucht worden ist, daß der Widerstand gegen die Infallibilität das Werk einer politischen Partei sei, wird dadurch schlagend widerlegt, daß die Münchener Universität mit verhältnismäßig wenig Ausnahmen sich Jahre lang von dem unmittelbaren politischen Kampfe fern gehalten hat und ein großer Theil ihrer Angehörigen bis in die neueste Zeit politisch sehr gemäßigten Grundätzen huldigte. An das Staats-Ministerium und den kgl. Beschläger der Hochschule tritt jetzt die Entscheidung, die Wahl der Universität zu sanktionieren, welche gleich sehr der Hochschule Baierns und Deutschland zum Ruhme gereicht. Die Wahl ist um so bedeutungsvoller, als in das nächste Rektorat die Jubelfeier der Universität Ingolstadt-Landsbut-München fällt. Zudem Döllinger die Universität München bei dieser Gelegenheit repräsentiert, vertritt er vor ganz Deutschland die Würde und das Ansehen der katholischen Wissenschaft. — Für die Beratungen des im September in München stattfindenden allgemeinen Katholiken-Kongresses hat Professor Dr. Johann Huber einen umfassenden Organisationsplan ausgearbeitet, welcher der Vorversammlung in Heidelberg zur Genehmigung vorgelegt werden wird. (N. 3.)

Würzburg, 29. Juli. Auch an unserer Hochschule traf, wie in München, die Reihenfolge des Rektorats für das nächste Studienjahr die theologische Fakultät. Die Ultramontanen hatten ihren Kandidaten aus der Zahl der unter den Vorarbeitern für das vatikanische Konzil nach Rom berufenen Zöglinge des Kollegium Germanicum gewählt. Es wurde jedoch der von den Freisinnigen vorgeschlagene Prof. Reikmann, von jeher ein Gegner jener römischen Richtung, in dem heutigen Wahlgang zum Rektor gewählt. Auch bezüglich sämtlicher Senatswahlen trug die liberale Partei den Sieg davon.

Österreich.

Brünn, 31. Juli. Einem Berichte der „N. Fr. Pr.“ entnehmen wir über das deutsche Kreisturnfest noch Folgendes:
Die Fest-Niedertafel im Schreibwalde fand unter großartiger Be-

theiligung gestern Nachmittags statt. Die trefflichen Vorträge der Gesangsvereine wurden mit immensem Beifalle aufgenommen. Auf stürmisches Verlangen mußte, gegen das Programm, die Niedertafel mit der „Nacht am Rhein“ beginnen. Das Lied wurde dreimal wiederholt. — In der Festvorbereitung im Theater kam „Wilhelm Tell“ zur Aufführung. Die Kistli-Szene gab zu wiederholten Demonstrationen Anlaß. Um zehn Uhr Abends begann in der Turnhalle die Festkneipe, an welcher gegen 5000 Personen in festlich gehobener Stimmung theilnahmen. Der Bürgermeister d'Elvert eröffnete die Trinkprüche mit einem Toast auf den Kaiser. Dr. Sturm sagte in der Festrede: „Die Deutschen Österreichs haben bisher mit nationaler Selbstaufopferung Alles zu Gunsten des Reiches gethan. Heute werden sie von einer verblendeten Regierung gedrängt, den nationalen Standpunkt entschieden zu betreten. Die Ziele der gegenwärtigen Regierung sind bedenklich; sie führen zum Föderalismus oder Absolutismus. Wenn aber Millionen Deutsche sich vom Föderalismus abwenden und demselben nicht einmal passiven Beistand zu leisten entschlossen sind, wenn sie sich zurückziehen vom parlamentarischen Kampf und warten auf das, was da kommen muß, wer wird dann einen zweiten Prager Frieden, wer wird dann Ausgleich mit den Deutschen machen?“ Redner schließt mit einem Toast auf Oesterreich. (Minutenlanges Beifall.) Nach aus Prag toastet auf Brünn, von der Straße auf die österreichische Reichs-Verfassung, Kappeller aus Bozen auf die deutsche Turnerschaft, Göllicher aus Wels auf Deutschland. Redner sagt: „Wir wollen Oesterreich auf deutscher Grundlage erhalten. Den uns jetzt hingeworfenen Fehdehandschuh nehmen wir auf und werden den Kampf frisch, froh, frei und fromm siegreich zu Ende führen. Niemals werden wir uns vor dem neu errichteten römischen Götzengötze beugen. In dem Kampfe, in den wir ziehen, schöpfen wir neue Kraft aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit dem großen Vaterlande. Diesem ein dreifaches Hoch!“ Dieser Trinkpruch wurde mit unbeschreiblichem Jubel aufgenommen. Der Redner wurde von den Turnern auf den Schultern in Saale herumgetragen. Hauffe (Brünn) spricht einen poetischen Gruß auf Wien. Dr. Wachanel (Olmütz) begrüßt die Vertreter der deutschen Presse. Heilsberg (Graz) trinkt auf das deutsche Bürgerthum.

Frankreich.

Ueber das bevorstehende Verfahren gegen die Männer der Kommune wird dem „Journal des Débats“ aus Versailles geschrieben:

Ich sehe, daß man in Paris sich wundert und sogar ungeduldig wird wegen der Langsamkeit, mit welcher diese Untersuchung von Statuten geht. Gleichwohl rührt diese Langsamkeit hauptsächlich von einem Beschlusse her, welcher seiner Zeit keineswegs mit Tadel aufgenommen, namentlich von den radikalen Blättern nicht angegriffen wurde, die sich jetzt am bittersten über die Verzögerung des Prozesses äußern. Es war dies der Beschluß, welchen die Regierung einige Tage vor der Einnahme von Paris anklagte, die Insurgenten nach dem gemeinen Rechte aburtheilen zu lassen. Das gemeine Recht für Aufständische, welche angeklagt sind, mit den Waffen oder in sonstiger Weise an einem Bürgerkrieg gegen die gesetzliche Regierung in einem Departement, über welches der Belagerungszustand verhängt ist, Theil genommen zu haben, ist aber die Gerichtsbarkeit der Kriegsgesetze. Im Publikum sind über diese Gerichtsbarkeit und ihr Verfahren gewisse Vorurtheile sehr verbreitet. Viele Leute stellen sich vor, daß diese Gerichtshöfe sehr rasch erkennen, indem sie dieselben mit jener summarischen Justiz verwechseln, kraft deren man während des Kampfes und auf dem Schlachtfelde ohne weiteren Prozeß die mit den Waffen in der Hand ergriffenen Insurgenten hinrichten kann. Dieses Einschüchterungs- und Strafmittel sieht den Soldaten zu, welche in eine aufrührerische Stadt eindringen, so lange sie selbst den Schüssen aus den Häusern und den Barrikaden ausgesetzt sind. Sobald aber einmal der Kampf beendet ist, wird der Insurgent ein Angeklagter, welcher einem regelmäßigen Gerichte verfallt, sei es nun ein bürgerliches oder ein Kriegsgericht. Diese letztere in unseren Gesetzen eingeführte und erkannte Gerichtsbarkeit hat ihre Organisation und ihr Verfahren, von welchen nicht abgewichen werden darf.

Das Kriegsgericht besteht aus einem Vorsitzenden (einem Obersten oder Oberlieutenant) und sechs Richtern, nämlich einem Bataillonschef, zwei Kapitänen, einem Lieutenant, einem Unterlieutenant und einem Unteroffizier. Das Verfahren ist beinahe ganz demjenigen der bürgerlichen Gerichte nachgebildet und weder ein einfacheres noch ein rascheres. Hier wie dort bedarf es eines Untersuchungsbeschlusses; die Untersuchung wird dann von einem Offizierberichterstatter geführt, gewöhnlich einem Hauptmann, welcher die Zeugen vernimmt, den An-

geschuldigten verhört und ein Exposé des Falles ausarbeitet. Nach beendeter Untersuchung schickt der Berichterstatter die Akten an den Kommissär der Republik, gewöhnlich einen Bataillonschef, welcher sie mit Schlussanträgen an den General leitet. (Es ist dies in unserm Fall der General Appert, welcher den kommandirenden General durch Delegation vertritt.) Der General verfügt die Freilassung oder die Verurteilung an ein Kriegsgericht. Die Akten gehen dann wieder an den Kommissär der Republik, welcher drei Tage vor dem Zusammentritt des Kriegsgerichts dem Angeklagten den Termin, den Gegenstand der Anklage, den Text des einschlägigen Gesetzes und die Namen der Zeugen notifiziert und zugleich bedeutet, daß man ihm, wenn er keinen Verteidiger wähle, einen solchen von Amtswegen bestellen würde. Die gestellten Fragen müssen gegen den Angeklagten mit einer Majorität von fünf gegen zwei Stimmen entschieden, mildernde Umstände können mit bloßer Majorität zugestanden werden; die Strafe muß wieder mit fünf gegen zwei Stimmen festgestellt sein. Wenn sich für keine Strafe eine solche Majorität ergibt, wird das dem Angeklagten günstigste Strafmaß angenommen. Diese Bestimmungen sind für den Angeklagten milder, als die des bürgerlichen Strafrechts. Bedenkt man, daß dieses Verfahren auf 30,000 Personen angewendet werden muß, so kann der langsame Gang der Untersuchung nicht noch übersehen; auch ist dieselbe heute noch lange, lange nicht beendet. Nun fragt man ferner: Warum hat man nicht wenigstens die Führer, deren Schuld flagrant ist, warum hat man nicht die Mitglieder der Kommune, welche erst nächste Woche vor ihren Richtern erscheinen sollen, schon längst abgeurtheilt? Allerdings liegt auf der Hand, daß es nicht langer Nachforschungen bedurfte, um, sobald ihre Identität erst festgestellt war, ihre hohe Schuldbarkeit darzuthun. Aber vielleicht bedurfte es sehr langer und eingehender Nachforschungen, um genau die Rolle eines Jeden darzulegen, die Papiere zu prüfen und die Beziehungen eines Mannes unter einander und mit der Außenwelt aufzudecken. Wenn man dies erreicht hat, wenn dieser Prozeß uns eine wahre und geheime Geschichte der Kommune, soweit man dieselbe ermitteln kann, geben soll, so wird man die auf eine solche Nachforschung von äußerem Interesse verwendete Zeit nicht bloß für diesen Prozeß, sondern auch für die Zukunft des ganzen Landes, nicht bedauern dürfen.

Die französischen Ultramontanen haben schon wieder eine Adresse an die Nationalversammlung bereit. Dieselbe verlangt nicht mehr die Verwendung der Mächte zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes; sie beschränkt sich darauf, die Versammlung zu bitten, daß sie den Chef der Exekutivgewalt davon abhalte, einen Gesandten für Victor Emanuel zu akkreditieren.

In der französischen Nationalversammlung ist ein Antrag des Abgeordneten Alred Raquet angekündigt, ein Gesetz zu erlassen, kraft dessen die Güter Ludwig Napoleon Bonaparte's zum Besten der armen Familien, welche während des Krieges gelitten haben, verkauft werden sollen. Gegen die Gefährlichkeit und Billigkeit einer solchen Bestimmung kann jedenfalls Louis Napoleon am wenigsten etwas einwenden, denn in viel weniger gerechtfertigter Weise ist bekanntlich er selbst früher zur Konfiskation des Vermögens der Familie Orleans geschritten. Der dem altfranzösischen Staatsrechte entnommene Grundsat, daß ein französischer Regent alle seine Güter der Krondomäne einzuverleihen hat, resp. daß alle seine Besitztümer als zu dieser gehörig anzusehen sind, ist im Jahre 1852 etwas gewaltsam angewendet worden — jetzt greift er ohne alles Bedenken gegen denjenigen Platz, der sich damals auf ihn berufen hat. Zu berücksichtigen ist aber auch, daß die Güter Napoleons mathematisch größeren Theiles während seiner Regierungszeit erworben sind, während nachweislich das Vermögen der Familie Orleans vor der Thronbesteigung Ludwig Philipps freies Eigenthum gewesen war. Der letztgenannte hat ohne Zweifel mit Rücksicht auf den erwähnten staatsrechtlichen Grundsat, am 7. August 1830, zwei Tage vor seiner formellen Thronbesteigung, seine Privatgüter auf seine Kinder übertragen, und diesen Schenkungsakt hat Ludwig Napoleon, damals Präsident der Republik, als eine Beeinträchtigung des Staates für nichtig erklärt, obwohl die Nationalversammlung am 25. Oktober 1848 die schon damals von einem Deputierten — dieser war kein Anderer als Jules Favre — beantragte Konfiskation der Güter als einen Eingriff in das Privateigenthum zurückgewiesen hatte. — Wenn jetzt die Nationalversammlung den Antrag Raquet's nicht annehmen sollte, so geschähe das wohl nur, weil die orleanistische Majorität an eine Wiedereröffnung der Familie Orleans in ihren alten Besitz denkt. Doch wir halten die Annahme des Gesetzes für wahrscheinlicher, und der Exkaiser wird am besten thun, wenn er auf das: Heute mir, morgen dir — nicht mit einem albernem Proteste antwortet, sondern sich still in das Unvermeidliche fügt.

Die amerikanischen Frauen und Brigham Young.

Wie Nachrichten aus Amerika lauten, hat die Reformbewegung unter den amerikanischen Frauen „im wunderschönen Monat Mai, wo alle Knospen sprihen“, einen gewaltigen Aufschwung genommen. Es haben sich nämlich die streitbaren Politikerinnen der Vereinigten Staaten in zwei Fraktionen gespalten, von denen die eine, die sogenannte Bostoner Schule, noch in den herkömmlichen Anschauungen von Moral und Frauensitte befangen ist und die Welt von der „Kinderstube“ aus regieren und reformieren will, während die zweite Schule einer moderneren, fortgeschrittenen Anschauung huldigt und die Grundsätze oder, wenn man will, Nicht-Grundsätze der Demimonde zur Herrschaft zu bringen sucht. Natürlich befehdeten sich die beiden Flügel in der Presse und in Versammlungen auf das Bitterste. Der erstere, an dessen Spitze die Damen Livermore, Stone, Blackwell u. a. stehen, nahm außer einigen anderen folgende Resolution in einer Frauenkonvention zu Boston an:

„Beschlissen, daß die Forderung der Frauen, daß sie theilnehmen sollen an der staatlichen Gesetzgebung, sofern man von ihnen Gehorsam gegen die Gesetze verlangt, und die fernere Forderung der Gleichheit der Rechte beider Geschlechter nach allen Richtungen hin nichts zu thun hat mit besonderen sozialen Theorien, und daß die jüngsten Versuche in verschiedenen Städten der Union, die Frauenstimmrechtsfrage mit den Lehren der „freien Liebe“ (free love) zu verschleiern und zum Theil für die Verbrechen und Phantastereien Einzelner verantwortlich zu machen, eine Schmach gegen den gesunden Menschenverstand und die Gerechtigkeit, und eine Verläumdung gegen die Tugend und die Einsicht der Frauen Amerikas ist.“

Was diese ehrenwerthen Damen sich unter der Politik und dem Staatswesen überhaupt vorstellen, kann man ungefähr aus dem folgenden Satze einer Rede der Frau Beecher-Hocker, einer ihrer geistreichsten Koryphäen, entnehmen. Die Rednerin sagte:

„Ich habe diese Sachen in der Kinderstube durchstudiert, wo wir, wie man uns sagt, unser ganzes irdisches Leben lang bleiben sollen. Was sollen wir thun, wenn wir mit dem Kinderwiegen fertig sind? Was sollen die Mütter und Großmütter thun, wenn alle Pflichten der Kinderstube beendet sind? Schlagen wir vor, die Großmütter fangen an, die Wiege des Staates zu schaukeln. Ich stehe dafür ein, daß, wenn sie das thun, das Baby durch sie nicht umgeworfen werden wird!“

Ja, wenn nur der Staat ein „Baby“ wäre! Wenn die politischen Elemente der Union sich je nach der Laune der lieben Stimmrechts-Mütter und Stimmrechts-Großmütter mit Bonbons zufrieden gäben, wenn sie artig gewesen, und wenn sie sich ruhig die Ruthe gefallen und in den Schmollwinkel stellen lassen, wenn sie unartig sind!

Am 14. April d. J. um 3 Uhr Nachmittags, als die betreffende Kommission, welche in Washington City, der Hauptstadt der Vereinigten Staaten, die dortigen Wählerlisten zusammenstellte, in Sitzung

war, erschien eine zahlreiche Frauendelegation im Stadthause. An der Spitze dieser Delegation standen Witwe Dr. Rockwood und Witwe Dr. Dr. Mary Walker, ihnen folgten Witwe S. E. Edison, Witwe Karoline Winslow und eine Anzahl weniger berühmter Politikerinnen. An das Pult des Oberregistrator's, Ern. Croker, herantretend, überreichten sie folgende Petition: „Wir, die Unterzeichneten, Bürgerinnen von Washington City, überzeuge, daß es ein Theil der heiligen Pflicht, die wir gegen unsern Schöpfer, unser Land und unsere Familie haben, ist, das Stimmrecht auszuüben, petitioniren hiermit ernstlich, daß unsere Namen als die qualifizierten Wählerinnen in den betreffenden Distrikten registriert werden.“

Diese Petition war von ungefähr 60 Frauen unterzeichnet, viele davon gehören zu den angesehensten Damen im Distrikt Columbia. Es befanden sich darunter: Mrs. Kippincott, besser bekannt unter dem Schriftstellernamen Grace Greenwood, Mrs. Southworth, eine renommierte Novellenschreiberin, Mrs. Carrie Ketchum, die sich als Vorleserin einen Ruf erworben, Witze Bella Smith, eine bekannte Künstlerin u. A. m.

Da die Registrationskommission dem Verlangen der Damen nicht nachkommen wollte, so beschloßen letztere an das Gericht zu appellieren und dort ihr Stimmrecht zu verfechten.

Der andere Flügel der Stimmrechtslerinnen zählt so desperate Revolutionärinnen zu seinen Mitgliedern, wie sie nur irgend wo in der Welt gegen Gesetze, Sitte und Ordnung zu Felde ziehen; er ist ganz bereit, den konstitutionellen Unionsstaatenbau zusammenzuschlagen, wenn man nicht baldigst diesen modernen Amazonen das politische Stimmrecht u. s. w. zu Füßen legt. Man höre nur, was die Führerin dieses extremen Flügels der Frauenemanzipationistinnen, die Geldmüllerin aus New-York, Frau Victoria Woodhull, in Aussicht stellt:

„Wenn“, so ließ sie sich kürzlich vernehmen, „der nächste Kongreß den Frauen die ihnen gebührenden vollen Bürgerrechte verweigert, so werden wir eine neue Konvention zu dem besondern Zwecke der Entwurfung einer neuen Bundesverfassung berufen, eine neue, in allen Abtheilungen vollständige Regierung einsetzen und Maßregeln ergreifen, um sie auf ebenso wirksame Weise in Betrieb zu setzen, wie die Männer die ihre. Unsere Regierung soll nicht bloß für die Frauen gelten, sondern für Alle, die sich ihrer Autorität unterwerfen, und sie soll auf jeden Fall eine höhere und wissenschaftlichere Entwicklung des Staatsgedankens sein. Ja, es ist Hochverrath, den wir im Schilde führen; — ja, es ist Rebellion und Secession, und zwar in tausendfach größerem Maßstabe, als die des klandestinen Südens war. Wir planen eine Revolution: wir werden diese Schwindel-Republik umstürzen und an ihre Stelle eine Reich der Gerechtigkeit gründen.“

Somit ist den amerikanischen Bürgern die Wahl gelassen, sich entweder von den ehrsameren Bostonerinnen in politische Windeln stecken und die große transatlantische Republik in eine politische Kinderstube umwandeln, oder aber das rabiate Unwetter der revolutionären Helldinnen und Verfächerinnen der „free love“ über sich ergehen zu lassen, d. h. die amerikanischen Bürger haben diese Wahl, wenn sie überhaupt

zwischen dem wählen müssen, was die Frauenstimmrechtsparteien ihnen, im Falle ihres Sieges, in Aussicht stellen. Ein solcher Sieg dürfte indessen vor der Hand noch nicht zu erwarten sein. Eine Bewegung, welche keine besseren Blüten, wie die oben geschilderten, in ihrem Mat trägt, darf — so denken wir — wohl sobald noch nicht auf Früchte rechnen.

Unsere Leser und Leserinnen werden es uns verzeihen, wenn wir von den Verteidigerinnen der „free love“ und des Frauenstimmrechts jetzt auf den berühmten Mormonenpapst übergehen. Hat doch die Polygamie der Mormonen mit der „free love“ eine gewisse Aehnlichkeit, und ist doch vor nicht langer Zeit den Mormonen einmal durch Brigham Young das politische Stimmrecht verliehen worden.

Brigham Young hat in der letzten Zeit gewaltige Befehrsversuche der Sandwichinsulaner auf den Inseln Dahu, Kauai, Mani und wie die anderen, scheinbar der Kagenmusik entnommenen Namen der Inseln jener lieblichen Gruppe im Stillen Ocean alle heißen, vornehmen lassen. Er soll die Absicht haben, auf jenen Inseln ein neues Mormonenreich zu gründen; deshalb hat er Missionäre dorthin geschickt, von denen ihm jüngst einer schrieb, er habe auf Dahu bereits 1600 Proselyten gemacht.

Nun giebt es aber, wie wir glaubwürdigen amerikanischen Berichten entnehmen, in den ganzen Vereinigten Staaten keine Sekte, die nicht mit gleichem Erfolge unter den dunkelfarbigen Bewohnern der Sandwich-Inseln Propaganda für ihren Glauben gemacht hätte. Die Hawaier und Dahuier sind schon so ziemlich Alles gewesen, was man in dieser Beziehung nur sein kann: Methodisten, Baptisten, Quäker, Episkopale, Presbyterianer und Gott weiß, was sonst Alles. Es ist nur zu bedauern, daß bei ihnen keine Religionsform lange Stand hält; jeder neue Missionär, der sich um ihr Seelenheil bemühte, konnte sich bisher rühmen, sie en bloc zu seinem Glauben bekehrt zu haben. Wie er ihnen aber den Rücken wandte, war alles wieder verschwunden. Möglicherweise, daß Brigham Young und seine Heiligen einen etwas dauernderen Erfolg mit ihnen haben; denn da sie von Hause aus von ordentlichen ehelichen Verhältnissen auch nicht die geringsten klaren Begriffe haben sollen, so leuchtet ihnen vielleicht die Vielweiberei der Mormonen besser ein, als die Monogamie der übrigen christlichen Sekten.

Möge Brigham Young in Frieden über das Stille Meer ziehen. Auf den Sandwich-Inseln hat er es, aller Wahrscheinlichkeit nach, mit noch viel einfältigeren Menschen zu thun, als die sind, die ihm im Territorium Utah zum Namen eines großen Propheten verholfen haben. Jedenfalls paßt er, seit die Pacific-Eisenbahn über die Höhen der Felsengebirge läuft, nach Kauai oder Mani oder Dahu hin besser, als in das Gebiet der Vereinigten Staaten.

Rud. Doehn.

Souvenirs et Notes intimes de Napoléon III., so ist der Titel eines Buches, welches dieser Tage von der „Librairie internationale Lacroix et Verboeckhoven“ zu Paris erscheinen soll, und aus dem der „Gaulois“ einige Auszüge bringt. Diese Schrift verdient jedoch nicht die geringste Beachtung, da sie untergeschoben ist. In derselben wird nämlich über die Unterredung berichtet, welche der Kaiser der Franzosen mit dem Könige von Preußen nach der Kapitulation von Sedan gehabt haben soll, und Napoleon III., den man natürlich selbst sprechen läßt, erzählt, daß die Unterredung dadurch unterbrochen worden sei, daß man dem König Wilhelm eine Depesche überbracht habe, worin man die Revolution von Paris und die Flucht der Kaiserin angekündigt habe. Man fand aber die Unterredung zwischen dem Kaiser und dem König Wilhelm gar nicht am 4. September statt, an welchem die Revolution in Paris ausbrach, und an dem der Kaiser sich nicht mehr bei Sedan, sondern in Verdiers befand, wo er die Nacht verbrachte und am 5. früh die Nachricht erhielt, daß das Kaiserreich gestürzt worden sei. Es gehört der ganze französische Leichtsinns dazu, die Daten unbeschadet zu lassen, wenn man dem Publikum etwas vorzulegen will. — Der Gemeinderath von Bourges hat folgenden Beschluß gefaßt: In Erwägung, daß die Theilnahme an jeder religiösen Zeremonie irgend eines Kultus nur aus einer freiwilligen Bewegung des individuellen Gewissens entspringen kann; daß deshalb jede Körperschaft, welche durch die Gesetze des Staates konstituiert ist, ihrer Natur und ihrem Zwecke nach diesem notwendigen Weise fremd bleibt; in Erwägung, daß das Staats- und Zivilrecht Frankreichs auf folgenden zwei Prinzipien fußt: der Trennung der Kirche von der Staat, auf der Unverletzlichkeit des Gewissens und der Souveränität der Kirche von dem Staat; erklärt: der Gemeinderath als solcher darf bei keiner rein religiösen Feierlichkeit auftreten, wobei jedoch dem Gewissen eines jeden seiner Mitglieder kein Eintrag geschehen soll.

Aus Versailles vom 1. August wird telegraphisch gemeldet: Herr Goulard übernahm gestern unter dem Titel eines Generalsekretärs interimistisch die Leitung des auswärtigen Ministeriums. Der Antrag auf die Verlängerung der Regierungsgewalt Thiers' wird voraussichtlich die Majorität erhalten, stößt indeß bis jetzt auf eine Opposition von mindestens 220 Stimmen. Der pariser „Messager“ meldet, daß der Direktor der Domänen, Dzenne, von seiner Missionsreise nach London zurückgekehrt sei. Derselbe habe ein Einvernehmen mit Granville dahin erzielt, daß der Handelsvertrag im zukünftigen Februar nicht gekündigt werden, sondern nur eine Revision des Vertrages stattfinden soll. — In Lyon soll sich die Cholera gezeigt haben. Man vermuthet, daß die Furcht vor dieser Krankheit die Nationalversammlung bestimmen würde, in Versailles zu bleiben, das zu den gesündesten Städten Frankreichs gehört.

Italien.

Dem Papste wird wieder einmal Malta als Residenz angeboten, jedoch nicht etwa von der britischen Regierung, sondern von einem Theile der Bevölkerung. Es ist nämlich auf jener Insel eine Petition an den Papst in diesem Sinne unterzeichnet worden, welche, wie der „Daily News“ aus Rom telegraphirt wird, vom Gouverneur dem britischen Konsul in Rom zur Weiterbeförderung an die Adresse überhandt worden ist.

Rußland und Polen.

Petersburg, 29. Juli. In der Nacht vom 27. zum 28. erfolgte im Petischew-Prozesse das Urtheil des Gerichtshofes gegen die 11 Angeklagten erster Kategorie, gegen welche bisher die Verhandlung nur gerichtet war. Es waren 53 Fragen zu beantworten, daher kein Wunder, daß die Verhandlung des Gerichtshofes 12 Stunden — von 12 Uhr 27 Min. Mittags bis 12 Uhr 10 Min. Nachts währte. Das vom Präsidenten verlesene Urtheil lautet: „Nachdem der Gerichtshof den Prozeß wegen der Verschwörung, zum Zweck, die in Rußland bestehende Regierung umzuwerfen, in Bezug auf 11 Personen geprüft hat, findet er, daß im Herbst 1869 in Moskau sich eine geheime Gesellschaft gebildet hat, welche den Zweck hatte, die in Rußland bestehende Regierungsform zu ändern, und erkennt in Folge dessen als schuldig: 1) Den Edelmann B. G. Uspenski, 22 Jahre alt, den persönlichen Ehrenbürger A. R. Kusnezow, 24 Jahre alt, den Kollegensekretär A. D. J. P. Prychow, 42 Jahre alt und den Bürger R. N. Nikolajew, 19 Jahre alt, Teilnehmer der erwähnten geheimen Gesellschaft gewesen zu sein und in ihrer Eigenschaft als Teilnehmer am Komplott, aber auf Anstiften Petischew's einen Mord an Studenten Iwanow verübt zu haben, nachdem sie ihn an einen abgelegenen Ort gelockt; 2) den Sohn eines Geistlichen, J. J. Florinski, 24 Jahre alt, daß er, von der Existenz der erwähnten Gesellschaft wissend, an ihren Handlungen Theil nahm; 3) den Edelmann P. N. Tatichew, 57 Jahre alt, den „Auftrag an die Gesellschaft“ verfaßt und zum Druck und zur Verbreitung übergeben, und die Bürgerin A. D. Dementjew, 19 Jahre alt, diesen Auftrag gedruckt und verbreitet zu haben, welcher beleidigende und zur Erschütterung des öffentlichen Vertrauens zu den Verfügungen der Regierungsinstitutionen dienende Äußerungen und die Rechtfertigung von ihnen verbötenen Handlungen enthielt, zum Zweck, Mißachtung gegen diese Verfügungen und Institutionen zu erwecken; 4) der Gerichtshof erklärt also den Angeklagten: den Sohn eines Geistlichen W. F. Drlow, den Edelmann R. W. Walchowski, die Obristin E. Ch. Tomilow und den Sohn eines Geistlichen M. J. Korinsky in vorliegendem Prozeß für unschuldig und verurteilt auf Grundlage der Artikel 318, 1453 P. 3, 1035, 134, 152, 19, 31, 139, 143, 129, 38 und 140 des Strafgesetzb. und des Art. 771 des Kriminalprozeßverfahrens: 1) die Angeklagten Uspenski, Kusnezow, Prychow und Nikolajew unterliegen der Entziehung aller Ständerechte und der Verweisung zur Zwangsarbeit: Uspenski in den Bergwerken auf 15 Jahre, Kusnezow in Festungen auf 10 Jahre, Prychow in Festungen auf 12 Jahre und Nikolajew in Festungen auf 7 Jahre 4 Monate, hierauf aber der lebenslänglichen Anweisung in Sibirien; 2) der Angeklagte Florinski unterliegt der Einschließung im Gefängnis auf 6 Monate mit darauf folgender Abgabe unter strenge polizeiliche Aufsicht auf 5 Jahre; 3) die Angeklagten Tatichew und Dementjew unterliegen der Gefängnisstrafe, ersterer auf 1 Jahr 4 Monate, letztere auf 4 Monate; 4) die Angeklagten Korinsky, Walchowski, Tomilow und Drlow werden vom Gericht freigesprochen; 5) über die Maßregeln, um zu verhindern, daß sich Florinski, Tatichew und die Dementjew dem Gericht entziehen, ist eine besondere Verfügung zu treffen; 6) das Urtheil über Tatichew ist nicht in Ausführung zu bringen in Anbetracht anderer dem Gerichtshof vorliegender Sachen gegen ihn, und 7) dieses Urtheil ist, nachdem es Gesetzeskraft erlangt hat, in Bezug auf Uspenski und Prychow auf Grundlage des Art. 945 des Kriminalprozeßverfahrens Allerhöchster Bestätigung vorzulegen. In definitiver Form wird das Urtheil zwei Wochen nach der letzten Resolution in diesem Prozeß verkündet werden. Nach Verlesung dieses Urtheils sprach der Präsident: „Angeklagte Drlow, Walchowski, Korinsky und Tomilow! Treten Sie gefälligst in die Mitte des Saales.“ (Nachdem dies geschehen!) „Angeklagte! Sie sind frei vom Gericht und von der Gefängnisstrafe. Meine Herren, von jetzt ab ist Ihr Platz nicht mehr auf der Anklagebank, sondern inmitten des Publikums, inmitten unser Aller.“

Von der polnischen Grenze, 25. Juli. Das Militärkomitee, welches unter der Leitung des St. Petersburgs Kriegsministeriums die Reorganisation des russischen Heeres durchzuführen soll, wird demnach auf die Anregung des Kriegsministeriums eine Denkschrift über die wichtigsten im deutsch-französischen Kriege gesammelten militärischen Erfahrungen erhalten. Die Schrift ist nicht für die Öffentlichkeit, sondern nur für die höheren militärischen Kreise Rußlands bestimmt; es wird auch eine deutsche und französische Ausgabe veranlaßt werden, weil es in Rußland nach wie vor noch viele höhere Offiziere giebt, denen die russische Sprache in Wort und Schrift nicht sehr geläufig ist. Wie die „Ausg. Ztg.“ von guter Hand vernimmt, soll in jener Denkschrift zumal das Kapitel über die Artillerie sehr ausführlich und interessant behandelt sein. Es ist nämlich selbst in den Kreisen vernünftiger, wissenschaftlich gebildeter französischer Ge-

nerale als Thatsache festgestellt worden, daß vor allem die Ueberlegenheit und hohe Ausbildung der deutschen Artillerie ein Hauptfaktor der Vernichtung der französischen Armee geworden, welche sich bekanntlich in ihrer lächerlichen Eitelkeit um die Verhältnisse und Fortschritte in den übrigen Armeen Europas niemals gekümmert.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 1. August. (Agentur Sirsch.) Die „Rumänische Post“ meldet unter Reserve die Ankunft einer Note des Fürsten Bismarck, worin derselbe erklärt, daß Deutschland die gesammten Beziehungen mit Rumänien abbrechen und die Pforte ersuchen werde, Exekutionstruppen nach Rumänien zu senden, falls der Fürst die von den Rumänen votirten Beschlüsse über die Stroussberg'sche Eisenbahnfrage promulgire. — Nach dem „Moniteur“ ist der Fürst siebenteilend, doch wird baldige Besserung erwartet.

Asien.

Der „Siam Weekly Adviser“ enthält, wie der „Ausg. M. 3.“ aus Triest geschrieben wird, eine umständliche Beschreibung der interessanten Staatszeremonien, unter welchen der deutsche Konsul, Herr Leßler, dem König von Siam den eigenhändigen Brief des Deutschen Kaisers überreichte. Bei dieser Gelegenheit äußerte Seine kaiserliche Majestät: „es gereiche ihr zur großen Befriedigung, ein autographes Schreiben von einem so ehrwürdigen und hochverdienten Monarchen zu empfangen, dessen glänzende Thaten (achievments) das große deutsche Volk wieder erweckt und vereinigt haben, welches ihn dankbar und einmüthig zu seinem Kaiser gemacht hat.“ In den entferntesten Theilen Asiens spricht man heute schon von dem deutschen Volk und den Thaten, die es vollbracht hat — und sieht ein, daß es berufen ist, in der weiteren Entwicklung der handelspolitischen Interessen Europas in Ostasien eine hervorragende Rolle zu spielen. Die stolzen Engländer, die Beherrscher der Meere geben dies selbst zu. Eine in Hongkong erscheinende Zeitung macht anlässlich der Ueberreichung jenes Schreibens folgende Bemerkungen: „Prinz Adalbert hat, wie unsere Leser gesehen haben, gewünscht, Saigon als deutsche Flottenstation zu erlangen, und wenn Deutschland gesonnen ist, eine friedliche Politik gegen England zu befolgen, so war der Wunsch des Prinzen ein billiger (reasonable).“ Der „Japan Herald“, die nordamerikanische Expedition in Corea besprechend, äußert sich folgendermaßen: „Jetzt, wo China und Japan dem internationalen Verkehr mit der Menschheit im Großen eröffnen, werden die Nationen nicht länger dulden, daß Corea ihnen ferner noch unangenehm verschlossen bleibe. Amerika hat den Reigen eröffnet, England, Frankreich und Preußen (die Engländer können sich noch nicht daran gewöhnen, Deutschland zu sagen), obwohl sie nicht im Einklang handeln, müssen ihm in Bälde folgen.“ Man sieht, daß Deutschland bereits als vierter gleichberechtigter und gleichgewichtiger Faktor in der handelspolitischen Aktion der großen Handelsmächte in Ostasien zitiert wird. Bei dieser Gelegenheit ist noch zu erwähnen, daß der japanische Fürst der großen Provinz von Kiüshü 80,000 Zündnadelgewehre in Preußen bestellt hat, und das preussische Militärsystem in seinem Lande so streng durchführt, daß die Engländer in Japan diese Provinz allgemein „Neu-Preußen“ nennen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. August.

— In dem so eben uns ausgegangenen „Jahresbericht der Handelskammer zu Posen für 1870“ welcher sich wiederum durch Gediegenheit, Sorgfalt und formelle Darstellung auszeichnet, finden wir folgende Stelle über unsere Verkehrsverhältnisse an der russischen Grenze:

Auch im Verlauf des Zeitraums, dem dieser Bericht gilt, ist nicht irgend ein Umstand wahrnehmbar geworden, der auch nur entfernt die Hoffnung auf ein Heranrücken Rußlands aus seiner wirtschaftlichen Abgeschlossenheit und eine Milderung der chronisch gewordenen handelspolitischen Auffassungen erwecken könnte. Zu erwähnen wäre höchstens eine Verschärfung des Byzantinismus in der Abfertigungsweise: die Vervorrenheit bei der Einreichung der für die Verzollung zu deklarierenden Objekte in die betreffenden Tarifpositionen hat zugenommen. Neue Anträge hinsichtlich des gerade unsere Provinz in einer der Grundbedingungen ihrer Wohlfahrt heimsuchenden Verhältnisses zu stellen, haben wir nach der Zwecklosigkeit der seit einem Jahrzehnt andauernd von uns aufgewandten Bemühungen gemieden. Uns bleibt einzig die Hoffnung, daß der deutschen Reichsgewalt, der in ihrem Entstehen schon Ziele gelungen sind, die kein anderer Schicks getroffen hat, auch auf diesem Gebiete friedlichen Ausgleichs der Ruhm eines Erfolgs gewährt werden wird, welcher den bestgemeinten bisherigen Anstrengungen verjagt war.

— **Zahlreiche Bürgermeisterposten** sind gegenwärtig erledigt, und zwar nach den amtlichen Mittheilungen aus dem Monats Juli folgende: in Berlin die 2. Bürgermeisterstelle, welche der noch von dem Einzugsfestezeiten her bekannte Bürgermeister Hebe mann nach 40jähriger Dienstzeit verläßt (Gehalt 3500 Thlr.); in Königsberg i. Pr. die 2. Stelle (Geh. 1800 Thlr.); in Posen die 2. Stelle (Geh. 1600 Thlr.); in Sorau, Pissa und Greiz die Bürgermeisterstelle (Geh. 1000 Thlr.); in Bartenstein die Bürgermeisterstelle (Geh. 1000 Thlr. nebst einigen hundert Thln. Nebenverdiensten); in Köpenick die Bürgermeisterstelle (Geh. 800 Thlr. nebst freier Wohnung und 24 Klastern Holz). Als erste Bedingung bei der Bewerbung um diese Stellen wird fast überall die Ablegung der 3. juristischen Prüfung erfordert. Ob es bei dem notorischen Mangel an Juristen im Preussischen Staate gelingen wird, für diese sämtlichen Stellen tüchtige Kräfte zu gewinnen, dürfte abzuwarten sein. Bekanntlich hatten sich im vorigen Jahre zu der hiesigen Oberbürgermeisterstelle trotz des Gehaltes von 2500 Thlr. nur wenige Bewerber gemeldet.

— **Im Volksgarten** finden die außerordentlichen Leistungen der Dickson'schen Gymnastikerfamilie große Anerkennung. Besonders bewundert werden: „Der fliegende Mann“, die olympischen Spiele, und die Produktionen an der großen Leiter im Saale. Der „fliegende Mann“ durchkreuzt einen Raum von 75 Fuß mittels dreier Trapesen in gewaltigen Schwingen, sich dabei drehend und wendend, sowie auf die Erde springend, und dies Alles mit der außerordentlichen Sicherheit und Eleganz in der Bewegung. Bei den olympischen Spielen wird die Kraft der Mad. Dickson bewundert, welche nicht allein, wie weiland die Weber in Weinsberg, ihren kräftig gebauten Mann, sondern auch noch ihre 3 Kinder dazu auf den Schultern davon trägt. Das Außerordentlichste wird aber an der 25 Fuß langen Leiter im Saale von den Gebrüdern Dickson und dem kleinen Dickson geleistet, indem dieselben mit einer ganz enormen Präzision sich den Knaben zuwerfen, dabei selbst mit gewaltigen Schwingen durch die Luft fliegend. Es würden diese Produktionen wegen der scheinbaren Gefahr, in der hier das junge Menschenleben schwebt, beinahe etwas Grauenregendes haben; aber einerseits ist ein großes, starkes Netz unter der ganzen Leiter ausgebreitet, um den Knaben im Falle eines Mißgriffes aufzufangen, andererseits „arbeiten“ aber auch die Gymnastiker mit einer so bewundernswürthen Sicherheit und Präzision, daß bis jetzt noch kein einziger Mißgriff vorgekommen ist.

— **Im Rathhause** werden gegenwärtig mancherlei Reparaturen im Erdgeschosse ausgeführt. Es werden die Korridore und die Kassenlokale renovirt, und befindet sich unterdessen das Servisamt im Stadtverordneten-Sitzungssaale und das Bureau des Stadtschreibers Hrn. Göbbels im 2. Stockwerke. Die unausgebaute Stelle der Vorderfront,

an welcher früher die letzten Buben neben der Freitreppe standen, wird abgeputzt und in Uebereinstimmung mit dem Ganzen gebracht; und an Stelle der stark ausgetretenen Treppe links vom Eingange, welche stets benutzt wurde, wird eine vollkommen neue Treppe errichtet. Unter dessen wird die Treppe rechter Hand, welche noch sehr wenig ausgetreten ist, benutzt.

— **Durch eine neuere erzbischöfliche Verfügung** sind die Pfarrer der Erzdiözesen Gnesen und Posen ermächtigt worden, bis zum Eintritt des Winters ihren Parochianen an Sonn- und geringeren Festtagen die Erlaubnis zur Verrichtung von nothwendigen Arbeiten nach dem Vormittags-Gottesdienste zu ertheilen; auch kann dieser Gottesdienst früher als sonst abgehalten werden.

— **Die Deputation** der Erzdiöcese Posen-Gnesen, welche mit der Ueberreichung der Beglückwünschungs-Adresse an den Papst zu dessen 25jährigem Regierungsjubiläum beauftragt war, hat es für angemessen erachtet, den Unterzeichnern der Adresse noch nachträglich einen offiziellen Bericht über ihre Audienz im Vatikan und ihre Erlebnisse in Rom zu erstatten und diesen Bericht in einem besonderen Abdruck von der Stärke eines halben Bogens unter der polnischen Bevölkerung zu verbreiten. Der Bericht enthält zwar thatsächlich nichts, was nicht schon anderweitig über den Verlauf der Audienz bekannt wäre, er ist aber insofern beachtenswerth, als darin Polen mit der kathol. Kirche und die Schicksale beider vollständig identifiziert sind und die vom Papste ausgesprochene Hoffnung auf eine neue baldige glänzende Wendung des traurigen Schicksals der Kirche in gleicher Weise auch auf Polen bezogen worden. Aus dem mitgetheilten Wortlaut der päpstlichen Ansprache geht nicht hervor, daß der Papst diese nur den polnischen Separatisten geläufige Anschauungen theilt. Auch ist es bemerkenswerth, daß der Bericht die Mitglieder der Posenischen Adress-Deputation für Vertreter der polnischen Nation ausgiebt und ausdrücklich bemerkt, daß die Beglückwünschungs-Adresse im Namen der polnischen Nation dem Papst überreicht worden sei. Diese Darstellungsweise widerspricht der offenkundigen Thatsache, daß die überreichte Beglückwünschungsadresse auch von Tausenden deutschen Katholiken, die sich schwerlich der polnischen Nation beizählen dürften, unterzeichnet war. Der Bericht bestätigt ferner, daß der als Pfarrvikar in Nitrow fungierende Prinz Edmund Radziwillsch der polnischen Deputation in Rom angeschlossen und an der derselben gewährten Audienz im Vatikan persönlich Theil genommen hat. Am Schlusse des Berichts wird mitgetheilt, daß die Mitglieder der Adress-Deputation nach beendeter Audienz einer Messe am Grabe des heiligen Petrus beigewohnt und bei derselben für den Papst, die Kirche und Polen gebetet haben. Hierauf heißt es wörtlich: „Nachdem wir so unsere Mission erfüllt, können wir unsern Bericht nicht besser schließen, als mit den vom heiligen Vater zu uns gesprochenen Worten: „Habt Muth, Geduld und Vertrauen! Gott ist gütig und wird Alles zum Guten wenden, wenn wir nur Vertrauen zu ihm haben und ihn ohne Unterlaß bitten.“

Man sieht aus dem Inhalt des vorzugsweise für die niederen polnischen Volksklassen bestimmten Berichts, daß die polnische-ultramontane Partei es ebenso gut wie die Nationalpartei versteht, die Religion als Deckmantel der Politik zu gebrauchen, und ebenso wie diese jede Gelegenheit benutzt, um für ihre separatistischen Bestrebungen Propaganda zu machen.

— **Kreis Obornik, 2. August.** Der Kreis Obornik hat 4000 Thaler aus dem durch Reichsgesetz bestimmten Fonds zu Darlehen für Landwehrmänner erhalten.

— **Rezywol, 2. Aug.** [Kreistagsdeputirter. Wittwenkassenbeitrag.] Zum Kreistagsdeputirten unserer Stadt ist Herr Bürgermeister Blankenbeim gewählt. — Den pensionirten Lehrern ist laut Verfügung höheren Orts die Alternative gestellt, entweder den ganzen Beitrag zur Wittwenkasse mit 9 Thalern zu zahlen, oder den früher normirten Satz von 2 Thalern. Erternen Falls würde die hinterlassene Wittve die volle Pension nach dem neuen Gesetz erhalten, letztern Falls aber nur nach dem Modus des alten Gesetzes berücksichtigt werden können.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Von Franz Maurer's deutschem Geldenbuch liegt schon die 4. Lieferung vor, noch reicher als die früheren mit Szenen vom Kriegstheater und Porträts militärischer Befehlshaber geschmückt. Das Bild des preuß. Kriegsministers erscheint in Tondruck sauber ausgeführt. Unter den vielen anderen Porträts bezaugen wir das des Generalleutnants und Kommandeurs der 10. Inf.-Div. Christ. v. Schmidt, das des Obersten v. Flöckher und das des Obersten Maximilian v. Stosch.

Staats- und Volkswirtschaft.

— **Die internationale Ausstellung** für das Jahr 1871 ist in London am 1. Mai eröffnet worden. Bei derselben sollen nach den Beschlüssen der Kommission folgende Grundsätze, die fortan für alle internationalen Ausstellungen maßgebend sein sollen, zur Anwendung kommen: a) Die Ausstellung jedes Jahr auf zwei oder drei Industriezweige zu beschränken, jedoch jedes Jahr Werke der schönen Künste, der wissenschaftlichen Erfindungen und der Gartenkunst zuzulassen. b) Nur solche Objekte zuzulassen, welche von einer kompetenten Kommission als würdig zur Ausstellung anerkannt worden sind. c) Diese Objekte nach Klassen und nicht nach Nationalitäten zu ordnen. d) Den Ausstellern so viel als möglich die Kosten und die Umstände zu ersparen, indem für Glasfäßen, Dampfkrast und andere Vorrichtung zur gehörigen Aufstellung und Instandhaltung der Ausstellungsobjekte gesorgt wird, und eben so durch Anstellung von Agenten, welche Beschädigungen gegenüber den Objekten verantwortlich werden und überhaupt über die Interessen der Aussteller wachen. — Die Kommission hat Einleitungen getroffen, daß nach Verlauf einiger Wochen nach Eröffnung der Ausstellung Berichte über die verschiedenen Klassen der ausgestellten Objekte ausgegeben werden. In diesen Berichten soll der Versuch gemacht werden, solche Prinzipien zu verbreiten, welche das Publikum in den Stand setzen, ein Urtheil zu gewinnen und seine eigene Meinung über die Dinge zu formen. Indem das System der Jury aufgegeben wird, wird auch das Verleihen von Preisen abgeschafft. Die Zulassung zur Ausstellung soll schon als ein Vorzug angesehen werden. Vorläufig sind diese Ausstellungen für 10 Jahre projektirt. Zur sachgemäßen Aufstellung der zu den Ausstellungen zu erwartenden Objekte mußten die vorhandenen Räumlichkeiten erweitert werden. Und zwar wurden aus dem Ueberflusse vom Reinertrag d. r. ersten Ausstellung, in Verbindung mit der Albert-Hall noch drei große Fronten gebaut, welche zusammen einen Raum einschließen, in dem die Gartenkultur-Gesellschaft ihren Sitz erhalten hat. Die Gebäude sind in reicher Terrakotta-Architektur elegant ausgeführt und gipfeln in der großartigen Albert-Hall, welche über 7000 Musiker und Zuhörer in ihrem Amphitheater faßt. Die schönsten Ausichten auf den Garten mit seinen Lauben, Statuen, Fontainen zc. eröffnen sich von den Ausstellungsräumen und den umlaufenden Verandas. Reiches Licht strömt durch die Decke und läßt alle Objekte im schönsten Glanze schimmern. Um diese Räume zu füllen, hatte die Kommission bestimmt, daß für 1871 neben den alljährlich auszustellenden Objekten der schönen Künste, Erfindungen und des Gartenbaues noch drei Spezies, nämlich Töpferarbeiten, wollene Waaren und Erziehungsmittel zur Ausstellung gelangen sollen.

Die Porzellane u. s. w. sind in dem blickten nach dem Kensington-museum gelegenen Gebäudekomplex ausgestellt. Die englischen Fabrikate bilden die überwiegende Mehrzahl, doch ist auch die königliche Porzellanmanufaktur zu Berlin würdig vertreten. Unter den Terracotten zeichnen sich die Werke der Marchischen Fabrik in Charlottenburg aus. Unter den Erzeugnissen der Wolleweberei in der Albert-Hall sind berliner und sächsischen Fabrikaten vertreten. Unter dem ebendasselbst, bei den Erziehungsmitteln ausgestellten Kinderspielen haben Sachsen und Württemberg das meiste geliefert. In der Gemäldesammlung zeichnet sich Deutschland besonders aus, namentlich in Landschafts- und Genrebildern. Die ersten sind meist von preussischen, die letzten von bairischen Künstlern gefertigt. Auch Sachsen-Weimar und Baden sind in dieser Ausstellungsgruppe sehr gut vertreten. Letzteres konfirirte auch bei der Fächmalerei, für welche die Königin von Großbritannien besondere Preise ausgesetzt hat, mit Erfolg. — Nicht weniger als 250 neue Erfindungen und Entdeckungen werden auf der Ausstellung produziert.

Vermischtes.

* **München**, 30. Juli. Die „Südd. Post“ erzählt: Als gestern drei geistliche Herren ins Hofbräuhaus kamen, wurden sie mit dem Rufe „Hoch der Pfarrer von Mering, 'naus mit den Jesuiten!“ empfangen und mußten sich, obwohl sie sich bereits niedergelassen, wieder entfernen.

* **Wien**, 29. Juli. Das Sechshauser Polizeikommissariat veröffentlicht heute folgenden Steckbrief: Am 8. März l. J. verfestete ein unbekannter 30- bis 36jähriger Mann dem Arbeiter Anton Rudy ohne jede Ursache eine so vehemente Ohrfeige, daß der Arme drei Tage später in Folge des erlittenen Schädelbruches im Allgemeinen Krankenhaus, wohin er gebracht worden, starb.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

Angekommene Fremde vom 3. August.

HOTEL DE BERLIN. Frau Rechtsanw. Machula u. Tochter u. Kr. Nicht. Thomas aus Krotoschin, Frau Lehrerin Maundrich aus Berlin, Oberförster Kiof aus Wilzen, Kaufm. Meyn aus Celle, die Rittergbl. Dittsche aus Nabszyn, Frau Jauernit aus Nagradowice, Apotheker Duhme u. Frau aus Wogrowicz, Rentiere Frau Gasse aus Hirschberg, Gymnasial Müller aus Frankfurt a. O.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Kaufl. Müller, Croner u. Weber aus Berlin, Credit aus Frankfurt a. M., Hirschfeld aus Breslau, Heid aus Pforzheim, Braders aus Gentin, Alexander aus Neworleans, Direktor Brischlag aus Bronke, Rittergutsbes. Gräfin Tyszkiewicz a. Siedlee, Ritterg.-Pächter Bode aus Gr.-Jesior.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergbl. v. Bethe aus Samter u. Windell aus Srocin, Landrath Delia u. Tochter aus Kosten, Oberst Gebauer u. Frau aus Posen, Dr. med. Hoffmann aus Breslau, die Kaufl. Pander u. Wellens aus Berlin, Kocholl aus Kade v. Hofe, und Kochheim aus Stettin.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergbl. Frau v. Moraczewska aus Raramowice, Generalmajor Knothe aus Gotha, Lehrer Skalowski a. Warschau, Kreisr. Tyrantewicz aus Schroda, Propst Kadzi aus Lubin, Rfm. Sander aus Rüberrg, Böttchermstr. C. Müller u. Prediger D. Müller aus Birnbaum.

Eine Dorfgeschichte des Oborniker Kreises.

von E. S.

In einem Dörfchen still und klein,
— Ich glaub' Neu-Bornwerf muß es sein —
Lebt seit dem März im vor'gen Jahr
Ein allerliebster Staaren-Paar.
Das Männlein war von selbter Art —
Und, wie sich Gleich und Gleiches paart
So hatten sich in günst'gen Stunden
Zwei Raubbögel mit ihm verbunden.

Dies höllische Trümbirar,
In nächster Nähe fein und zart
Verderbenbringend für die Ferne
Holt selbst vom Himmel her die Sterne.
Es bringt als schuldigen Tribut
Stettin den Kaffee, Zuckerhut;
Zigarren kommen her aus Bremen
Von Hamburg muß den Reis man nehmen,
Auch Jauer darf sich nicht beklagen
Von dort her holt man seine Wagen,
Berlin muß liefern sein Geschmeide
Und Gnesen tributirt Getreide,
Trotz seiner ausgetragenen Kinder
Kontingentirt Posen nicht minder;
Frankfurt am Main und Heßen-Kassel
Sie Alle theilen das Schlemassel,
Frankreich allein ist theilnamlos
Weil in ihm selbst der Schwindel groß!
Genug, in Dorf Neu-Bornwerf's Auen
Kann man die Welt vertreten schauen —
Dort findet Alles seinen Mann
Und selbst Künstler nimmt man an.
Und wer in dieser schlimmen Zeit
Nicht glaubet an Unfehlbarkeit,
Kann — reizt die Meinung gleich zum Vaden
In Dorf Neu-Bornwerf Studien machen.
„Wie ist dies möglich?“ hör ich fragen —
Ich kann dir's lieber Leser sagen! —
In unsrer aufgeklärten Zeit
Geht auch der Schwindel etwas weit,
Denn dieser darf nicht säumig sein
Wo wir des Fortschritts uns erfreuen.
So spannten die drei losen Bögel
Nach dreien Seiten hin die Segel.
Der Eine ist der Endosant,
Der Andre aber Akzeptant
Und als Girant fungirt der Dritte.
Geht es en gros, so herrscht die Sitte,
Des Hauses Lucifer und Sohn
In Samter — Jeder kennt es schon —
Sich als der Firma zu bedienen
Zu legen schlaun des Schwindels Minen,
Zu diesem dienet noch als Mittel
Des einen Vogels großer Titel,
Denn dieser nennt zum Ueberflus
Sich auch Doctor philosophus.
Schläft manchmal auch Frau Nemesis —
Blödsinn ruft sie: „avec permiss“;
Ich bin schon wieder aufgestanden,
Ihr sollt nun Euren Posten empfangen.
Diesmal erschien sie in Gestalt

Des königlichen Staatsanwalt.
Das Landrath-Amt wurde angegangen
Zwei dieser Bögel einzufangen,
Und dies geschah' ohn' Hochzeits-Karmen
Vorgestern erst durch zwei Gendarmen.
Es nahm Rogafens Kreisgericht
Die Beiden an auf Wort und Pflicht —
Und für sie stehen wird es schon,
Ist auch die Stadt ohn' Garnison.

Sobald der Appetit wieder da ist, ist auch die Genesung im Anzuge.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff in Berlin.

Berlin, 23. Mai 1871. Da Ihr Malzertrakt so vorzüglich gute Heilwirkung geübt, so bitte ich um nochmalige Zufendung. Freiherr von Schirck, Gneisenaustr. 5.
— Wegen dieser Ihren Malzfabrikaten (Malzertrakt, Malz-Chokolade und Bruttmalzbonbons) innerwohnenden Heilkraft kann ich sie zu keiner Zeit entbehren. — Bei meinem Kinde hat sich das Malzertrakt in seinem Gebrauchserfolge als wirklich praktisch erwiesen; die frühere Appetitlosigkeit hat sich bedeutend vermindert. J. Böhm. Schmiedemeister, Landwehrstr. 34/35 in Berlin.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Plessner, Markt 91, Frenzel & Co., Breslaustr. 38 und Wilhelmplatz 6; in Neutombel Hr. A. Hoffbauer; in Jaraczewo Hr. Salomon Zucker; in Bentischen Hr. H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz, in Schrimm die Hrn. Cassariel & Co.; in Obornik Hr. Isaak Karger; in Starnik Hr. J. F. E. Krause; in Rogowo Hr. J. Joseph; in Santomyl Hr. Süssmann Lewel; in Baf Herr J. Niklewicz; in Gollancz Herr Herm. Berg; in Gerniejewo Hr. Marcus Witkowski; in Schroda Hr. Fischel Baum; in Rogafen Hr. Emil Petrich; in Wogrowitz Hr. Herrm. Ziegel; in Plefchen: L. Zboralski.



Oberschlesische Eisenbahn.

Die in unserer Bekanntmachung vom 20. Juli pr. zugesicherte frachtfreie Beförderung von patriotischen Liebsgaben für ausgerüstete deutsche Truppen etc. wird hiermit wieder aufgehoben.

Breslau, den 27. Juli 1871.

Königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn.

Bekanntmachung.



Bu dem am Sonntag den 7. d. M. um 11 Uhr 29 Minuten Vormittags von Posen und um 12 Uhr 10 Min. von Baf abgehenden Schnellzuge werden Billets, jedoch nur 3. Klasse nach Eisenhorst zu dem gewöhnlichen Fahrpreise von 22 Sgr. und 8 Sgr. ausgegeben, welche zur Hin- u. Rückfahrt berechtigen. Letztere findet am nämlichen Tage mit Zug IX Abends 9 Uhr statt.

Guben, 2. August 1871.
Der General-Bevollmächtigte des Verwaltungs-Rathes der Märk.-Posener Eisenbahn.
Der Spezial-Direktor
Sipman.



Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Submission auf Kalklieferung
Die Lieferung des zum Bau des Empfangsgebäudes u. Güterschuppens im Paderwisch erforderlichen Kalkes, im Betrage von ca. 2500 Kubikfuß, soll im Wege der Submission vergaben werden und sind die bezüglichen Bedingungen auf dem Bureau der I. Bau-Abtheilung, Baderstraße Nr. 13a einzusehen. Einbaselbst sind die Offerten versiegelt bis zum

7. August d. Js.,

Vormittags 11 Uhr

abgegeben und werden zur gedachten Stunde in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten eröffnet.

Posen, den 2. August 1871.
Der königliche Eisenbahn-Baumeister.
A. Middelhof.

Bekanntmachung.

Es sollen mehrere zur Unterbringung von Kriessgefangenen erbaute hölzerne Baracken öffentlich zum Abbruch meistbietend verkauft werden, wozu Termin auf

Montag den 7.,
Mittwoch den 9. und
Freitag den 11. August cr.,

jedenmal um 8 Uhr Morgens, im Bureau der Festungs-Bau-Direktion zur Orientierung der Käufer über die um Verkauf kommenden Gegenstände um 11 Uhr Vormittags zum Verkauf selbst angesetzt wird.

Die Verkaufs-Bedingungen sind in genanntem Bureau auch vorher einzusehen.

Posen, den 26. Juli 1871.

Königliche Festungs-Bau-Direktion.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Israel Asch in Firma J. Asch zu Posen ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum 26. August c. ein-schließlich

festgesetzt worden.
Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit bis zum Ablauf der zweiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf den 12. September c.,

Vormittags 9 Uhr, vor dem Kommissar Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler im Terminszimmer Nr. 13 anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termin die sämtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten ansetzen. Denjenigen, welchen es hier an Bevollmächtigung fehlt, werden die Justiz-Räthe Reviser und Giersch und der Rechtsanwalt Mehring zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Posen, den 15. Juli 1871.

Königliches Kreis-Gericht.

Abtheilung für Civil-Prozesse.

Sagen.

Der Kommissar des Konkurses.

Die Auktion

der Damen-Garderoben

wird Freitag, den 4. August cr., früh von 9 Uhr ab, im Auktionslokale fortgesetzt.

Rychlewski,
Königl. Auktions-Kommissar.

Am 5. August.

Nachmittags 3 Uhr, werde ich in Pamiatowo bei Samter, zwei Schweine meistbietend verkaufen.
Sady, 2. August 1871.

Rgl. Distrikts-Kommissarius.

In dem L. A. Tarnowski-chen Hause Samter Nr. 53 am Markte, werde ich die zu dieser Konkursmasse gehörigen Waarenbestände als: Colonial, Material, Farben, Schnäpse, Weine etc., über 100 Stück leere Fässer

Montag, 7. August cr.,

von 9 Uhr ab

und den darauf folgenden Tagen in öffentlicher Auktion meistbietend gegen gleich baare Zahlung verkaufen.

Julius Peyser,
Konkursmassen-Verwalter.

Das Grundstück Rakel

Nr. 381 an der Bahnhofstr. belegen, mit guten Baulichkeiten und ca. 26 Mrg. Land und Wiesen, ist unter soliden Bedingungen sofort zu verkaufen. Nähere Auskunft ertheilt General-Kommissions-Sekretär Poosch zu Posen, Mühlenstraße Nr. 16.

Druckerei-Verpachtung.

Die in Winna bei Kurnit seit 50 Jahren bestehende, im Jahre 1870 durch Lager- und Eisfelder für 1000 Tonnen erweiterte Brauerei, mit Obstgarten, Hopfenanlage und Ackerlandereien, ist auf längere Jahre zu verpachten. — Von Posen 3 1/2 Meilen Entfernung, von 2 Kreisstädten 1 Meile. Brillante Umgebung. Uebergabe nebst Vor-räthen vom 1. September ab.

!! Geld !!

Offiziere erhalten feld Geld unter soliden Bedingungen. An-erbittet unter C. A. S. 14. in der Exped. d. B. 31a.

Ein gut gerittenes Pferd kost zum Verkauf Mühlenstraße 5a.

Neuss am Rhein.

Häusern in Getreide, Deltsaaten, D. l. und Kuchen empfiehlt sich der Vertreter in Neuss

August Thywissen.

Die besten Referenzen stehen zur Seite.

Meine Dampf- Ziegelei und Röhrenfabrik

mit außerordentlichem Rohmaterial für Verblendziegel etc. will ich verpachten oder preiswürdig verkaufen. Die Anlage an der Märk.-Posener Bahn, sichert Absatz u. dürfte dieselbe gute Gelegenheit für Fabrikation von Thon-Ornamenten etc. bieten.

R. Bohne
in Schwiebus.

Mein Mühlengut Commerzin

bei Gr.-Bislaw, Kreis Konitz, mit 1000 M. Areal, Mahl- und Schneidemühle, mit starker Wasserkraft, will ich mit totem und lebendem Inventarium und der vollen Ernte Umstände halber möglichst schnell verkaufen. Daff ich dabei sehr billig zu haben. Näheres bei mir selbst. Gebote nehme ich spätestens bis zum 1. September c. entgegen.
Wegner.

Ein in einer Kreisstadt der Provinz Posen, zugleich Garnison-Stadt mit Gymnasium, b. liegendes Grundstück, verbunden mit einer Gastwirtschaft und einem an den Gebäuden belegenden großen Garten sowie Regelpflege ist unter sehr vortheilhaften Bedingungen sofort zu verkaufen.
Näheres zu erfragen bei O. H. poste rest. Schrimm.

Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheit. heilt brieflich, gründl. u. schnell Spezialarzt Dr. Meyer, Kgl. Oberarzt, Berlin, Leipzigerstr. 91.

Ich habe mich in Posen niedergelassen und wohne Sapiehaplax Nr. 3.

Dr. Ludwig Friedländer, prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Sprechst.: Vorm. bis 9 Uhr, Nachm. von 2—4 Uhr.

Ein gerichtl. Kalkulator u. Kassier-Beamer übernimmt Privat-Rechnungsarbeiten jeder Art, auch im landwirthschaftlichen u. gewerblichen Fache. Gef. Adressen sub A. B. Z. an die Exp. dieser Zeitung.

Neuss am Rhein.

Häusern in Getreide, Deltsaaten, D. l. und Kuchen empfiehlt sich der Vertreter in Neuss

August Thywissen.

Die besten Referenzen stehen zur Seite.

Gegen General-Agenten Provision

sucht eine der ältesten, renommiertesten deutschen Lebens-Versicherungsgesellschaften für die Stadt Posen respectable ruhige Agenten und für die Provinz Acquisiteure unter vorzüglichen Bedingungen. Offerten sub Z. G. 1110 befördert die Annoncen-Expedition von Haenstein & Vogler in Breslau.

Bekanntmachung.

Zu Allgauer hochtragenden Kalben und jungen Kühen nimmt Bestellung

gen entgegen
A. Frank in Leipzig,
Waldstraße 42.

Für Lungen-Leidende.

Die von Alexander von Humboldt im Kosmos empfohlene Coca aus Peru, nach Prof. Dr. Sampson's Methode zu Pillen verarbeitet, erzielt radikale Heilung der Lungenkrankheiten, selbst in vorgeschrittenen Stadien. Eine wissenschaftliche Abhandlung Dr. Sampsons über den Gebrauch der Coca-Pillen Nr. 1, wird jeder Bestellung beigelegt, oder auch gratis versandt. Preis der Pillen nach der preuss. Arzneitaxe normirt, per Schachtel 1 Thlr., 6 Schachteln 5 Thlr. Zu beziehen von der Mohren-Apotheke in Mainz

Glücksofferte.

„Glück und Segen bei Cohn!“
Diese vom Staate Hamburg garantierte grosse Geld-Lotterie verdient besondere Beachtung. Sie enthält Gewinne von über 1 Million 360,000 Thaler.

In dieser vortheilhaften Geld-Lotterie, von nur 42,100 Loosen, werden in wenigen Monaten in 5 Abtheilungen folgende Gewinne sicher entschieden, nämlich 1 Gewinn eventuell 100,000 Thaler, special Thlr. 60,000, 20,000, 16,000, 10,000, 2 mal 8000, 3 mal 6000, 3 mal 4800, 2 mal 4000, 4 mal 3200, 5 mal 2400, 11 mal 2000, 2 mal 1600, 26 mal 1200, 104 mal 800, 4 mal 600, 3 mal 480, 154 mal 400, 204 mal 200, 2 mal 120, 299 mal 80, 11,608 mal 40, 40, 8060 a 20, 12, 8, 6, 4 und 2 Thlr.
Die Gewinn-Ziehung der dritten Abtheilung ist amtlich auf den 9. und 10. August d. J.

festgestellt, und ist der Renov.-Preis hierzu diesmal nur 6 Thlr. oder 3 Thlr.

oder 1/2 Thlr. oder 22 1/2 Sgr.
und sende ich diese Original-Loose mit Regierungswappen (nicht von den verbotenen Promessen oder Privat-Lotterien) gegen frankierte Einsendung des Betrages, oder gegen Postvorschuss selbst nach den entferntesten Gegenden den geehrten Auftraggebern sofort zu.

Die amtliche Ziehungsliste und die Versendung der Gewinnelder erfolgt sofort nach der Ziehung an jeden der Betheiligten prompt und verschwiegen.

Mein Geschäft ist bekanntlich das Aelteste und Allerglücklichste, indem ich bereits an mehrere Betheiligten die grössten Hauptgewinne von Thaler 100,000, 60,000, 50,000, oftmals 40,000, 20,000, sehr häufig 12,000 Thaler, 10,000 Thaler etc. etc. laut amtlichen Gewinnlisten ausgezahlt habe.

Jede Bestellung auf diese Original-Loose kann man einfach auf eine Postinzahlungskarte machen.

Jüngst am 19. Juli d. J. habe schon wieder den allergrössten Hauptgewinn laut offizieller Ziehungsliste auf Nr. 2772 ausbezahlt.

Laz. Sams. Cohn in Hamburg,
Haupt-Comptoir, Bank- und Wechsel-Geschäft.

(Beilage.)

(Berlin und Friedland bei Waldenburg in Schlessien).

ihnen **Gr. Ritterstr. 7.**

